



NEUE GEMEINDE

www.gvvgld.at

info



Fortbildung ist top: 58 TeilnehmerInnen nahmen am Lehrgang der Akademie Burgenland für BürgermeisterInnen teil

Seite 13

Finanzausgleich: GVV Burgenland fordert weiter eine Änderung des Verteilungsschlüssels zugunsten der Kommunen S. 6-7

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen besinnliche Feiertage und alles Gute 2024!

GVV fordert einen Bankomat für jede Gemeinde: GVV kämpft für flächendeckende Bargeld-Versorgung S. 5

Klartext!

Gestalten statt verwalten

Geschätzte Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen!
Liebe Gemeindevertreter*innen!
Sehr geehrte Damen und Herren!



Bgm. Erich Trummer
 Präsident GVV
 Burgenland

Die finanzielle Situation der Gemeinden verschärft sich zunehmend. Daran ändert auch der neue Finanzausgleich nichts wesentlich. Der Verteilungsschlüssel des derzeitigen Finanzausgleichsgesetzes (FAG) passt einfach nicht. Offen bleibt also weiterhin unsere Forderung für die Erhöhung des Gemeindeanteils in der sogenannten Oberverteilung, das heißt, den Anteil der Gemeinden von 11,88 % auf 14,5 % am gemeinschaftlichen Bundessteueraufkommen zu steigern. Mit diesen frischen Geldern wäre unter anderem auch eine weitgehende Angleichung der Ertragsanteile für eine/n Burgenländer*in an den österreichischen Durchschnitt möglich gewesen. Der GVV

Burgenland bleibt daher weiterhin bei seiner Forderung nach gleichen Ertragsanteilen pro Einwohner in jedem Bundesland! Der Verdoppelung der Strukturfondsmittel sind zumindest für 115 Gemeinden im Burgenland ein überlebenswichtiges Trostpflaster, dass allerdings nicht die Ursache der aktuellen Finanznot aller burgenländischen Gemeinden behebt.

Die Experten des KDZ-Instituts haben, aus meiner Sicht, in der FAG-Ergebnisanalyse das bundespolitische Versagen auf den Punkt gebracht: *„Die Wirtschaft schwächelt, die Inflation ist weiterhin hoch. Die Gemeindefinanzprognose für die nächsten Jahre ist äußerst ernüchternd, weshalb Leistungen gekürzt und die kommunalen Investitionen zurückgefahren werden müssen. Ein starker Anstieg an Abgangsgemeinden ist zu erwarten (in ersten Ländern wird bereits von 70 bis 100 Prozent der Gemeinden gesprochen), was dazu führt, dass die Gemeinde-Bedarfszuweisungen von den Ländern für die Abdeckung des laufenden Betriebes verwendet werden müssen und nicht mehr für Investitionszuschüsse bereitstehen. Der Kuchen wird kleiner, die Aufgaben mehr. Umso wichtiger ist es, die Mittel möglichst effizient zu verteilen. Das bedeutet Aufgabenorientierung und Wirkungsbezug statt Gießkanne und Aufrechterhaltung ineffizienter Strukturen. Diese Diskussion wurde jedoch umschifft und steht wie ein grauer Elefant im Raum. Schlussendlich muss das Ergebnis auch als weitere Aushöhlung der Gemeindeautonomie gewertet werden. Wie auch bereits beim FAG 2017 fährt der Bund seine Verantwortung zur finanziellen Ausstattung der Gemeinden zurück und überlässt immer mehr den Ländern. Die Gemeinden geraten in eine immer stärkere Abhängigkeit von den Ländern. Die Ko-Finanzierungsverpflichtungen der Gemeinden in den Bereichen Soziales und Gesundheit sind erdrückend.“* In diesem Sinn brauchen wir zumindest auch im Burgenland dringend Strukturveränderungen, um in den Gemeinden weiter gestalten zu können und nicht nur als Verwalter zurückzubleiben. Diesen Mut und Weitblick müssen wir Gemeindevertreter*innen in Zusammenarbeit mit unserer Landesregierung und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil im Jahr 2024 ganz besonders aufbringen!

In diesem Sinn ersuche ich euch, die Gemeindevertreter*innen, weiterhin um eure gute Zusammenarbeit und Unterstützung, vor allem wünsche euch jedenfalls viel Kraft und Zuversicht für das Jahr 2024 sowie ein hoffnungsvolles Weihnachtsfest.

Mit freundschaftlichen Grüßen
 Euer Erich Trummer, GVV Präsident



GVV Burgenland Präsident Erich Trummer bei der außerordentlichen Vorstandssitzung des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes in Wien

Foto: GVV Burgenland

Österreichischer Gemeindebund: Klarer Schlusstrich in Causa „Riedl“ gefordert!

Anfang Dezember trafen sich die Mitglieder des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung in den Räumlichkeiten der Volksanwaltschaft in Wien. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Änderung der Statuten des Österreichischen Gemeindebundes.

Mit der nun beschlossenen Änderung ist es möglich, zukünftig auch den Präsidenten mit 2/3 Mehrheit abzuwählen. Notwendig wurde diese Änderung, da der derzeit noch amtierende Präsident Alfred Riedl von der ÖVP über zahlreiche Skandale in seiner Gemeinde stolperte, die eine weitere Amtsführung nicht mehr möglich erscheinen lassen.

SPÖ-Fraktion im Gemeindebund für klaren Schlusstrich

Die SPÖ Fraktion im Gemeindebund (Burgenland, Kärnten und Niederösterreich) haben von Anfang an auf eine rasche Lösung und einen klaren Schlusstrich gedrängt. Das alte Statut sieht aber eine Ab-

wahl nicht vor und Riedl hat bis dato auch keine Zeichen für einen freiwilligen Rücktritt gesetzt. Derzeit wird der Gemeindebund Österreich von Andrea Kaufmann aus Vorarlberg sowie Erwin Dirnberger aus der Steiermark interimistisch geführt.

GVV Burgenland fordert Riedl auf, sein Amt zur Verfügung zu stellen

Der GVV Burgenland hat weiters massiv darauf gedrängt, dass nach der Wartefrist von vier Wochen – Genehmigung durch die zuständige Vereinsbehörde – so rasch als möglich eine neuerliche Bundesvorstandssitzung einberufen wird, sofern Riedl bis dahin sein Amt nicht freiwillig zur Verfügung stellt. Diese Sitzung könnte schon Anfang 2024 stattfinden.

Für den GVV Burgenland nahmen an der Sitzung in Wien GVV Präsident Erich Trummer und GVV Vizepräsidentin Renate Habetler als Delegierte, GVV Altpäsident Ernst Schmid als Ehrenmitglied sowie der 1. GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold teil.

WIR GRATULIEREN

Der
GVV Burgenland
wünscht
alles Gute
zum Geburtstag!

VZBGM.

Franz HOFSTÄDTER

Edelstal

70

BGM.

Franz PELZMANN

Bocksdorf

60

VZBGM.

Andreas GRANDITS

Hackerberg

60

VZBGM.

René PINT

Wulkaprodersdorf

50



Zur Sache!**Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!**

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Derzeit müssen wir österreichweit sehr darauf bedacht nehmen, dass die Städte und Gemeinden nicht in einer Schuldenkrise landen. Unsere Kollegen aus Kärnten schlagen bereits Alarm, da die meisten Kärntner Gemeinden das Budgetjahr 2023 negativ abschließen werden. Ab Mitte 2024, so der Kärntner Gemeindebund, geht den Kommunen das Geld aus. Erhebungen in Kärnten zeigen, dass für 2024 keine einzige Gemeinde ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann. Die Gründe dafür sind in allen Bundesländern ähnlich gelagert. Zum einen nur geringe Einnahmestiege durch ein bescheidenes Ergebnis beim Finanzausgleich, die Fortschreibung von Defiziten aus den vergangenen Jahren (Corona, etc...) und vor allem ein massiver Anstieg der Transferzahlungen in den Bereichen Pflege, Krankenanstalten, Sozialhilfe, Kinderbildung- und -betreuung sowie Kinder- und Jugendhilfe. Hier

sind in jedem Bundesland hohe Steigerungen zu beklagen. Die Folgen für Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger sind dann dramatisch: In Kärnten werden viele Gemeinden gezwungen sein, ihren Abgang 2023 über Konto-Überziehungsrahmen ins Jahr 2024 mitzunehmen. Ohne zusätzliche Finanzmittel gehen den Gemeinden, je nach Ertragslage, im Herbst 2024 die liquiden Mittel zur Deckung der laufenden Ausgaben aus. Geplante Investitionen sind hier nicht eingerechnet! Die Folge wäre eine volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bankrotterklärung. Gemeinden hätten als größte öffentliche Investoren keine Investitionsspielräume mehr. Dies führt zu einem weiteren Rückgang im ohnehin schwächelnden Baubereich. Investitionen in Kinderbildung- und -betreuung, Energiewende usw. kämen zum Erliegen. Eigentlich sinnvolle Projekte müssten eingestellt werden. Gemeinden müssten sich auf jene Bereiche reduzieren, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind. Dies hätte katastrophale Auswirkungen auf Vereine, Kultur, Sport, auf das gesamte Gesellschaftsleben.

Daher sind die Forderungen des Kärntner Gemeindebundes auch deckungsgleich mit jenen des GVV Burgenland und auch des GVV Niederösterreich. In die Pflicht nehmen muss man hier den Bund. Seit dem 2. Halbjahr 2022 verzeichnet Österreich eine konjunkturelle Abkühlung, 2023 stagniert die Wirtschaft sogar. Auch für 2024 ist nur ein minimales Wirtschaftswachstum zu erwarten, man spricht von 1,4 Prozent. Österreichs Inflationsrate ist mittlerweile um 42 Prozent höher als jene in Deutschland! Im Euro-Raum liegt die Teuerungsrate im Schnitt bei 2,9 Prozent, in Österreich im Herbst 2023 weiterhin bei 5,4 Prozent. Der neue FAG ist nicht in der Lage, hier die Schiefelage auch nur halbwegs auszugleichen. Die Verdoppelung des Strukturfonds aus 120 Mio. Euro p.A. ist für die burgenländischen Gemeinden sehr, sehr wichtig – insgesamt aber nur ein Bruchteil dessen, was benötigt wird. Es müssten außerdem die ab 2025 zurückzuzahlenden Vorauszahlungen von Ertragsanteilen an die Gemeinden von österreichweit 300 Millionen Euro vom Bund in einen Zuschuss umgewandelt werden sowie eine Abänderung der Vorgaben des Kommunalinvestitionsgesetz beschlossen werden, da die Kommunen die verpflichtende 50% Mitfinanzierung aus Eigenmitteln nicht mehr erbringen können. Insgesamt erfordert die Bewältigung der finanziellen Notlage der Städte und Gemeinden eine koordinierte Anstrengung auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten können nachhaltige Lösungen gefunden werden, um die Finanzstabilität der Städte und Gemeinden langfristig zu gewährleisten und damit das Leben ALLER Menschen in Österreich.

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer



NR Bgm. Andreas Kollross, GVV-Österreich Vorsitzender, Bgm. Erich Trummer, GVV-Burgenland Präsident, und Bgm. Wolfgang Koller: Banken sollen verpflichtet werden, die Versorgung mit Bargeld zu gewährleisten
Foto: GVV Bgld.

Ein Bankomat für jede Gemeinde: Kampf für flächendeckende Bargeld-Versorgung

Der Mangel an Bankomaten im ländlichen Raum wird immer mehr zum Problem. Der GVV Burgenland will die Bankinstitute in die Pflicht nehmen und fordert diese auf, dem gesellschaftlichen Versorgungsauftrag nachzukommen. Unterstützt wird der GVV Burgenland von Vertretern des GVV Österreich.

Gefordert wird zumindest ein Bankomat in jeder Gemeinde. Außerdem sollen die Banken dazu verpflichtet werden, die Versorgung mit Bargeld sicherzustellen. Die Kosten dafür sollen vom Bankensektor getragen werden.

„Zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister quer durch Österreich haben uns in Kenntnis gesetzt, dass es neben Filialschließungen zu einem immer größeren Bankomat-Abbau in ihren Gemeinden kommt. Wenn der Bankomat bleibt, dann in vielen Fällen nur, weil die jeweilige Gemeinde finanziell dafür einspringt. Das kann es nicht sein. Im ländlichen Raum müssen immer mehr Menschen kilometerlange Anfahrtswege auf sich nehmen, um zu ihrem Bargeld zu kommen. Es ist nicht der Auftrag von Städten und Gemeinden für ihre BürgerInnen diese Dienstleistung anzubieten. Auf diesen Missstand weisen wir im Moment mit einer Österreich-Tour als sozialdemokratischer GemeindevertreterInnenverband (GVV Österreich) hin“, so GVV-Österreich Bundesvorsitzender Andreas Kollross, der sich auf eine unter SPÖ-BürgermeisterInnen durchgeführte Umfrage beruft.

Von dieser Entwicklung betroffen ist auch das Burgenland, weiß GVV-Burgenland Präsident und Bürgermeister von Neutal, Erich Trummer: „Wir haben bei uns im Burgenland bereits eine eigene Bankomat-Arbeitsgruppe eingerichtet, weil auch wir zahlreiche Rückmeldungen aus Gemeinden haben und die Gefahr sehen, dass dies noch weiteren Gemeinden blühen wird. Es kann nicht sein, dass wieder einmal die Gemeinden erhalten müssen, um diese für die Menschen so wichtige Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten. Wir haben derzeit noch in 121 Gemeinden einen Bankomaten, Tendenz aber fallend. 20 Gemeinden davon müssen bereits enorme Gemeindebeiträge als Zuzahlung dafür leisten. Die Eigentümer der Banken verzeichnen einerseits enorme Übergewinne, andererseits entledigen sie sich ihrem Versorgungsauftrag im ländlichen Bereich.“ Wolfgang Koller, Bürgermeister von Kemeten im Bezirk Oberwart und GVV Burgenland Vorstandsmitglied, ergänzt mit einem Beispiel aus seiner Gemeinde: „Wir hatten früher einen Vertrag, bei dem wir 3.500 Euro pro Jahr zahlen mussten und plötzlich flatterte uns eine neue Verschreibung ins Gemeindeamt, die vorgesehen hat, das wir künftig 27.000 Euro zahlen müssten – das wäre eine Erhöhung von sage und schreibe 771 %.“

Die SPÖ-Kommunalvertreter sehen die Bundesregierung in der Pflicht. Diese soll mittels Bargeldversorgungsgesetz eine flächendeckende Bargeld-Versorgung gewährleisten.

Im Gespräch mit einem Baumeister der Republik

Seit mehr als einem Jahr ist Roman Jandrisevits Bürgermeister der Gemeinde Gerersdorf-Sulz im Südburgenland (Bezirk Güssing). Vor einigen Monaten gab es im Zuge eines Interviews mit einer Regionalzeitung die Frage an ihn, mit wem er einmal gerne ein Gespräch führen würde. Er beantwortete dies mit Hannes Androsch, dem ehemaligen Vizekanzler und Finanzminister der Republik Österreich. Dieser erfuhr von seinem Wunsch und lud ihn völlig überraschend wirklich zu einem Termin nach Wien ein, womit der Wunsch überraschend und binnen kurzer Zeit erfüllt wurde.

Jandrisevits nutzte dabei die Gelegenheit, seine Gemeinde vorzustellen und über aktuelle Herausforderungen zu sprechen. Selbstverständlich waren auch die aktuellen politischen Ereignisse auf globaler und nationaler Ebene Inhalt des Treffens. „Für mich war es eine Ehre, mit einer Persönlichkeit wie Hannes Androsch – welche am Aufbau der Republik samt dem dazu gestiegenen Wohlstand unserer Gesellschaft maßgeblich beteiligt war – einen Gedankenaustausch auf Augenhöhe zu führen“, zeigt sich Bürgermeister Roman Jandrisevits beeindruckt.



Bürgermeister Roman Jandrisevits traf Polit-Ikone Hannes Androsch in dessen Wohnung in Wien zum Gespräch

Foto: Gemeinde Geresdorf-Sulz

FAG 2024-2028 fixiert, falsche Finanzpolitik verschärft finanzielle Lage der Gemeinden

Der Finanzausgleich 2024 – 2028 ist fixiert. In intensiven Debatten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wurde bis zuletzt um die Aufteilung der mehr als 100 Milliarden Euro Steuermittel gerungen. Einige wesentliche Verbesserungen sind in der Einigung enthalten, viele Bereiche sind noch unklar und wesentliche Teile wurden aus Sicht der Gemeinden nicht umgesetzt. Unter Druck kommen die Kommunen durch die falsche Finanzpolitik des Bundes, kritisiert GVV

GVV-Präsident Erich Trummer sieht in der FAG-Grundsatzvereinbarung PRO und CONTRA: „Für die Kommunen ist dringend notwendig, dass die versprochenen Gelder aus dem Zukunftsfonds auch direkt und unbürokratisch in den Gemeindegassen ankommen. Für die burgenländischen Gemeinden positiv anzuführen ist die Verdoppelung des Strukturfonds von derzeit bundesweit 60 Mio. Euro pro Jahr auf zukünftig 120 Mio. Euro pro Jahr“, so Trummer. „Leider“, betont er, „wurde aber beim Strukturfonds, wie vom GVV Burgenland massiv gefordert, keine Wertsicherung vorgenommen.“

Wichtig ist auch darauf hinzuweisen, dass man sich in dieser Einigung der Finanzausgleichspartner nur auf das Geldvolumen – insgesamt 2,4 Mrd. Euro an „frischen“ Mit-

teilungen pro Jahr – und die Eckpunkte des FAG verständigt hat. Die Details und die genauen Finanzströme zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, sowie die zu erfüllenden Auflagen bzw. die Verteilung für zum Beispiel die Mittel aus dem neuen Zukunftsfonds (1,1 Mrd. Euro insgesamt) müssen in internen Runden noch ausverhandelt werden. „Der Zukunftsfonds bringt dem Land und den Gemeinden gemeinsam rund 122 Euro pro Jahr und Einwohner. Damit können also nicht einmal die Einnahmensenkungen der letzten Jahre aufgrund steuerlicher Bundesmaßnahmen kompensiert werden. Diese Mittel werden deshalb aus meiner Sicht für wirkliche Zukunftsinvestitionen nicht ausreichen“, weist der GVV Burgenland Präsident auf die sich zunehmend verschärfende finanzielle Lage der Gemeinden hin.

Insbesondere die anteiligen Mittel aus dem Zukunftsfonds für Kinderbetreuung (50%), Klima/Umwelt (25%) und Wohnen/Sanierung (25%), die nach der Volkszahl in die Ländertöpfe fließen, müssen noch bilateral zwischen den Ländern mit den Gemeinden vereinbart werden. Der GVV Burgenland stand und steht jedoch weiterhin dafür, dass diese Mittel unbürokratisch direkt den Gemeinden zur Gestaltung überwiesen werden (z.B. ähnlich wie in der Vergangenheit bei den KIP Geldern aus dem Kommunalen Investitionspaket - KIP). Denn entgegen den Forderungen der kommunalen Interessenvertretungen soll ein Teil der Mittel nicht direkt den Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt, sondern über die Länder verteilt werden. „Den Gemeinden wurden und werden immer mehr Aufgaben übertragen und gleichzeitig weniger Finanzmittel übermittle. Wenn der Bund will, dass diese Aufgaben auch erfüllt werden können, brauchen wir dringend, direkt und unbürokratisch die dafür notwendigen Gelder“, ruft Trummer in Erinnerung.

Burgenland Präsident Erich Trummer: „Ein zusätzliches Finanzpaket des Bundes für die Kommunen ist unumgänglich, wenn man über das Jahr 2023 hinaus funktionierende Städte und Gemeinden haben will.“

Kritik an fehlender Verbesserung des Vertikalschlüssels

Der GVV Burgenland stößt sich weiterhin an der fehlenden Vertikalschlüsselverbesserung für Gemeinden und Länder, weil die vom Bund in den letzten Jahren bestellten Leistungen noch immer nicht abgegolten wurden und werden. Trummer: „Die finanzielle Situation der Städte und Kommunen war bereits im Sommer angesichts der Teuerung schwierig. Nun gibt es bei der Erstellung der Voranschläge für das Jahr 2024 vielerorts massive Probleme, die von den BürgermeisterInnen als Hilferufe an uns herangetragen werden! Die Budgetlücken, die hier klaffen, sind zum Teil gewaltig!“ Die Gründe sind österreichweit gleich: stark gestiegene Personal-, Energie- und Sachkosten sowie Preissteigerungen bei Dienstleistungen.

Ein weiterer großer Brocken ist die Infrastruktur, angesichts erhöhter Baukosten. Die Ausgaben sind einerseits stark gestiegen, gleichzeitig gibt es aber nach den aktuellen Einnahmeverlusten auch nach dem neuen Finanzausgleich verhältnismäßig weniger Bundesertragsanteile. „Der kommunale Konjunkturmotor wird so jedenfalls vom Bund noch weiter abgewürgt und die Einnahmenspirale wird sich weiter nach unten drehen“, so Trummer.

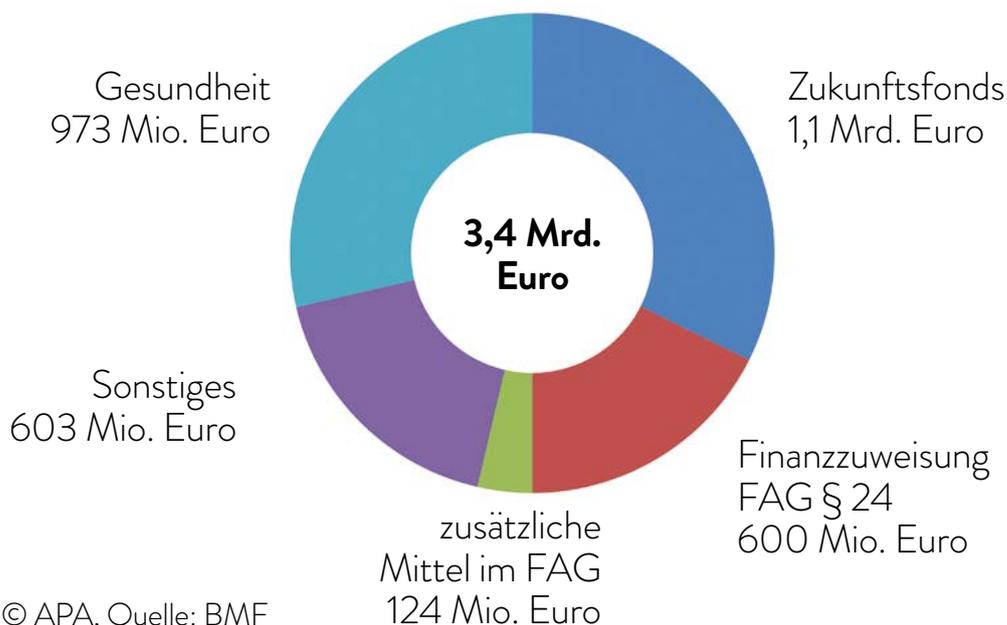
Daher forderte auch der GVV Burgenland – analog den Kollegen aus Niederösterreich, Kärnten und Tirol – eine Änderung des Verteilungsschlüssels des FAG von aktuell 68 Prozent Bund, 20 Prozent Länder und zwölf Prozent Gemeinden hin zu einem Mehr für Kommunen und Bundesländer. Das ist nicht passiert, daher, betont Trummer, „braucht es jetzt ein zusätzliches, österreichweites Finanzpaket für Städte und Kommunen in Höhe von rund einer Milliarde Euro, um weitreichende Gemeindeausfälle abwenden zu können.“

Experten-Kritik an Bundesbudget 2024

Die unvermeidbare Budgetkonsolidierung wird der nächsten Bundesregierung überantwortet und bei mangelnder Gegenfinanzierung auf Kosten von Gesundheit, Bildung und Sozialem gehen, kritisiert die AK das von Finanzminister Magnus Brunner präsentierte Budget 2024. Laut AK verletzt der geplante mittelfristige Budgetplan EU-Regeln. Außerdem fehlt, so die Arbeiterkammer-Experten, ein großes, grünes, öffentliches Investitionspaket um Investitionen zur Bekämpfung der Klimakrise abzusichern. Auf Unverständnis stößt, dass Österreich 2024 1,6 Milliarden Euro an Mitteln aus der Recovery and Resilience Facility erhält. Dieser zur nachhaltigen Krisenbewältigung geschaffene Topf wurde von den Verantwortlichen im Bund bisher nicht angezapft.

Finanzausgleich – Eckpunkte

2024-2028: Gesamtvolumen 3,4 Mrd. Euro pro Jahr
für Gesundheit und Pflege und weitere Zukunftsbereiche



Grafik: © APA, Quelle: BMF

Burgenland Energie

BESSERE ENERGIE
die wärmt

WIR SAMMELN SONNENSTRAHLEN
FÜR DIE KALTE JAHRESZEIT.

burgenlandenergie.at

Müllgebühren bleiben abermals unverändert

Anfang Dezember fand in der INFORM-Halle in Oberwart die Vollversammlung des Burgenländischen Müllverbandes (BMV) statt. Bei dieser Versammlung konnte BMV-Obmann Michael Lampel den Delegierten einen umfangreichen Tätigkeitsbericht präsentieren. Obwohl das wirtschaftliche Krisenjahr 2023 auch für den BMV ein sehr schwieriges war, ist es zum 21. Mal in Folge nicht notwendig die Müllgebühren zu erhöhen.

„Die burgenländischen Privathaushalte profitieren bereits seit Jahren von der guten Arbeit des BMV in Form von stabilen Tarifen, obwohl die Teuerung, Energie- und Spritpreise ein tiefes Loch in das Budget des BMV reißen. Zusätzlich zu dieser stabilen Tarifpolitik im Sinne der Daseinsvorsorge und des Gemeinwohls werden auch die Serviceleistungen in verschiedenen Bereichen weiter ausgebaut. Trotz dieser Ausweitung der Aktivitäten wird es im Jahr 2024 keine Erhöhung der Müllgebühren im Burgenland geben – und das bereits zum 21. Mal hintereinander“ berichtete BMV-Obmann Bgm. Michael Lampel.

Die Leistungen aus dem Gemeindepaket wurden auch im Jahr 2023 von den Gemeinden sehr stark in Anspruch genommen. Dadurch fallen die Entsorgungskosten für Siedlungsabfälle von den Abfallsammelstellen für die Gemeinden nahezu weg. Dieser finanzielle Ausgleich bringt eine spürbare Entlastung für die Gemeinden, gleichzeitig bedeutet er aber eine große finanzielle Mehrbelastung für den BMV. Äußerst positive Erkenntnisse brachte das Pilotprojekt „Regionalen Abfallsammelstelle“ in Heiligenkreuz. Aufbauend auf diesen Erfahrungen startet nun die landesweite Umsetzung mit den Anlagen in Oberwart und Mattersburg.



Vollversammlung des Burgenländischen Müllverbandes in Oberwart



SPÖ-Landesgeschäftsführer Kevin Friedl, SPÖ-Bezirksgeschäftsführerin Michaela Riederer, SPÖ-Bezirksgeschäftsführerin Beate Decker, Landesparteivorsitzender Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, SPÖ-Landesgeschäftsführerin Jasmin Puchwein, SPÖ-Bezirksgeschäftsführerin Carmen Krutzler und Regionalmanager Fabio Halb

Foto: SPÖ Burgenland

Fabio Halb neuer Regionalmanager der SPÖ für die südlichen Bezirke

Fabio Halb – Bürgermeister von Mühlgraben und Bezirksvorsitzender der SPÖ Jennersdorf – wird in Zukunft eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der Bezirksorganisationen in Oberwart, Güssing und Jennersdorf übernehmen. Der Fokus liegt dabei auf der Bürgerbetreuung in den einzelnen Regionen sowie der Umsetzung von politischen Zielen und Vorhaben.

„Mit Fabio Halb haben wir die ideale Person für die neue Rolle als Regionalmanager gefunden, ich bin mir sicher, dass er seine Aufgabe mit Engagement erfüllen und seinen Teil zur Stärkung des Südens beitragen wird“, so Landesparteivorsitzender Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

„Wir sind jetzt bestens für die Zukunft aufgestellt und können viele Akzente im Landessüden setzen. Ich freue mich sehr auf meine neue Aufgabe und werde mich für meine Heimatregion mit voller Kraft einsetzen“, so der neue Regionalmanager Bürgermeister Fabio Halb.

Bürgerbeteiligung intensivieren, die Region politisch stärken

Im Zuge der neuen, personellen Organisationsstruktur im Landessüden gab es auch in den Bezirksgeschäftsstellen der SPÖ Oberwart und Güssing einen personellen Wechsel. Harald Kahr, bisher SPÖ-Bezirksgeschäftsführer in Oberwart, wird sich künftig ausschließlich seiner Aufgabe als Bürgermeister von Großpetersdorf widmen. Seine Nachfolge ist Carmen Krutzler aus Wiesfleck, die dort gleichzeitig Gemeinderätin ist.

In Güssing hat aufgrund der Pensionierung des SPÖ-Bezirksgeschäftsführers Helmut Kovacsits die Gemeinderätin aus Kleinmürbisch, Michaela Riederer, das Ruder als Bezirksgeschäftsführerin übernommen. In Jennersdorf ist Beate Decker, Gemeinderätin aus Königsdorf, seit eineinhalb Jahren Bezirksgeschäftsführerin.

Das Ziel der neuen Organisationsstruktur ist, die Bürgerbetreuung zu intensivieren und die Region politisch zu stärken.



GVV Kultur- und Bildungsreise 2024

Baskenland – Bilbao – San Sebastian

Mittwoch, 29.05.2024 bis Sonntag, 02.06.2024, 5 Tage

Teilnehmerzahl: min. 25 Personen/max. 30 Personen (nach Anmeldeeingang)



Bilbao – Guggenheim Museum; Steilküste **Kantabisches Meer**; Kloster San Juan de **Gatzelugatxe**; heilige Stadt **Gernika**; **San Sebastian** – europ. Kulturhauptstadt 2016; **Zarautz** – Sandstrände;

Inkludierte Leistungen:

- ✓ Busfahrt zum Flughafen Wien Schwechat und zurück
- ✓ Linienflüge ab/bis Wien mit Lufthansa via München in der Economy Class nach Bilbao
- ✓ 2 Übernachtungen in Bilbao im 4* Hotel im Doppelzimmer (Hotel Barcelo Nervion oder ähnlich)
- ✓ 2 Übernachtungen in San Sebastian im 4* Hotel im Doppelzimmer (Hotel Silken Amara Plaza oder ähnlich)
- ✓ Alle Busfahrten und Besichtigungen laut Reiseprogramm bei der Rundreise
- ✓ Deutschsprachig durchgehend qualifizierte Reiseleitung (ab/bis Bilbao)
- ✓ 4x Buffet Frühstück
- ✓ 1x Abendessen im Hotel in Bilbao (Tag 1)
- ✓ 1x GVV Abendessen in einem Spezialitätenrestaurant
- ✓ Eintrittsgebühren: Bilbao (Museum Guggenheim), Bilbao Bizkayabrücke, San Sebastian, Gernika
- ✓ Bodegabesuch inkl. Weinverkostung und traditionellen Häppchen am 3. Tag
- ✓ Lunchpaket vom Hotel in San Sebastian - am Rückreisetag mit Stopp in Zarautz an der Playa Itzurum

Flugzeiten

29.05.: Wien – München	13:20 – 14:20 Uhr	LH 2329
29.05.: München – Bilbao	15:35 – 17:50 Uhr	LH 1828
02.06.: Bilbao – München	15:10 – 17:20 Uhr	LH 1827
02.06.: München – Wien	19:25 – 20:30 Uhr	OS 116

Preis:

Pauschalpreis pro Person im Doppelzimmer:

€ 1.495,-

Einzelzimmerzuschlag:

€ 398,-

Mindestteilnehmerzahl:

25 Personen

Stornobedingungen:

Die Reisen findet nur ab 25 TeilnehmerInnen statt! Ab Buchung bis 60. Tag vor Reiseantritt 25%; ab 59. bis 40. Tag vor Reiseantritt 50%; ab 39. bis 20. Tag vor Reiseantritt 75%; ab 19 Tage vor Abreise 100%. (% vom Gesamtpreis) **ES WIRD EMPFOHLEN EINE STORNOVERSICHERUNG ABZUSCHLIESSEN!**

Anmeldeschluss: 02.02.2024

Anmeldungen bitte unter:

susanne.schachinger@gvvgld.at

Verdiente KommunalpolitikerInnen von Landeshauptmann Doskozil geehrt



Andrea Netuschill, Potzneusiedl, Silbernes Ehrenzeichen

Auch heuer zeichnete Landeshauptmann Hans Peter Doskozil Persönlichkeiten aus, die besondere Verdienste für das Burgenland erbracht haben. Die Feste fanden im Kulturzentrum Mattersburg und im Kulturzentrum Oberschützen statt. Geehrt wurden auch zahlreiche SPÖ-Kommunalpolitiker.

„Es ist immer ein ganz besonderer Tag, gemeinsam mit so vielen Menschen unseren Landesfeiertag feiern zu können. Wir können mit Stolz auf die Entwicklung unseres Heimatlandes blicken. Es waren die Menschen in diesem Land, die diese Entwicklung möglich gemacht haben – mit ihren Leistungen, ihrer Treue und ihrer Verbun-

denheit mit ihrem Heimatland. Das gilt in besonderem Maße für jene, die wir heute ausgezeichnet haben. Sie stehen vorbildhaft für die Stärken und Tugenden des Burgenlandes. Das sind Fleiß und Einsatz, Verlässlichkeit und das besondere Engagement der Menschen. Dafür möchte ich den Ausgezeichneten namens des Landes, aber auch persönlich Danke sagen“, betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei den Verleihungen.

Einen besonderen Glanz verlieh dem Festakt in Mattersburg die fulminante Orchesterpremiere Haydn Landes-Symphonie Burgenland, geleitet von Gerhard Krammer und dirigiert von Elisabeth Fuchs.



Norbert Rauhofer, Müllendorf, Silbernes Ehrenzeichen



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei seiner Ansprache bei der Ehrenzeichenverleihung im KUZ Oberschützen

Fotos: LMS Burgenland



Heinz Dieter Heidenreich, Großhöflein, Goldenes Ehrenzeichen



Im KUZ Mattersburg feierte die Haydn Symphonie Burgenland dirigiert von Elisabeth Fuchs ihre viel umjubelte Premiere



Heinz Peter Lagler, Heugraben,
Verdienstkreuz des Landes Burgenland



Elvira Hanzl, Rauchwart,
Silbernes Ehrenzeichen



Werner Jandrasits, Großmürbisch,
Silbernes Ehrenzeichen



Karl Knor, Neuberg bei Güssing,
Silbernes Ehrenzeichen



Rudolf Ploy, Rauchwart,
Silbernes Ehrenzeichen



Reinhard Berger, Mariasdorf,
Goldenes Ehrenzeichen



Peter Kohlmann, Weingraben,
Goldenes Ehrenzeichen



Klaus Schütz, Kobersdorf,
Goldenes Ehrenzeichen



Reinhard Knaus, Mühlgraben,
Großes Silbernes Ehrenzeichen

Güssing: Dolesch neuer Bezirksvorsitzender

Wechsel an der Spitze der SPÖ-Bezirksorganisation Güssing: die langjährige Bezirksvorsitzende und ehemalige Landtagspräsidentin Verena Dunst übergab den Vorsitz an Bürgermeister Jürgen Dolesch aus Stegersbach.

Die SPÖ-Bezirksorganisation Güssing würdigte Verena Dunst für ihre herausragende 26-jährige Ära, in der sie sich unermüdlich für das Südburgenland, das Land Burgenland und die Menschen einsetzte.

„Verena Dunst hat während ihrer Amtszeit wichtige Impulse für die politische Arbeit im Bezirk Güssing gesetzt. Sie hat sich stets für die Belange der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und ihre politische Arbeit mit großem Einsatz und Leidenschaft verfolgt. Durch ihre offene und transparente Kommunikation, ihr offenes Ohr für die Anliegen der Menschen und ihr Durchsetzungsvermögen hat sie den Bezirk Güssing wie keine andere Politikerin vor ihr geprägt. Dafür möchte ich ihr im Namen der gesamten burgenländischen SPÖ meinen herzlichen Dank aussprechen“, lobt Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Die scheidende Vorsitzende bedankte sich bei den Gästen und Delegierten und betonte, dass sie mit großer Zuversicht in die Zukunft blickt, in der die SPÖ unter der Führung von Jürgen Dolesch weiterhin die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten wird.



Verena Dunst übergab den Vorsitz an Bürgermeister Jürgen Dolesch



SPÖ KommunalvertreterInnen auf dem SPÖ Bundesparteitag 2023 in Graz Foto: SPÖ

Andreas Babler mit 89 Prozent als Bundesparteivorsitzender wiedergewählt

Beim SPÖ-Bundesparteitag in Graz wurde Andreas Babler zum Bundesparteivorsitzenden wiedergewählt. Verena Dunst wurde ins Präsidium und Roland Fürst in den Vorstand gewählt. Gleichzeitig wurden Daniela Winkler, Astrid Eisenkopf und Verena Dunst als Vorstandsmitglieder von den anwesenden Delegierten bestätigt.

„Die SPÖ Burgenland gratuliert der gewählten Parteiführung und zeigt sich über den gefassten Beschluss zur Direktwahl des

Parteivorsitzes erfreut. Die Partei gehöre nicht einigen wenigen Funktionärinnen und Funktionären, sondern den SPÖ-Mitgliedern. Sie sollen es auch sein, die in einem demokratischen Prozess über den Vorsitz entscheiden. „Jetzt haben wir den ersten Schritt in Richtung einer demokratisierten SPÖ gesetzt, in der die Mitbestimmung unserer Mitglieder in den Mittelpunkt rückt und dadurch ein offener Diskurs über politische Inhalte möglich ist“, so die SPÖ-Landesgeschäftsführung.



ASKÖ mit neuem Präsidenten: Anfang Dezember wurde beim Landtag des Sportdachverbands ASKÖ Burgenland in Neudörfel NR Bgm. Maximilian Köllner zum neuen Präsidenten gewählt. Er löst damit Alfred Kollar ab, der das Amt 2019 übernommen hatte und sich 2024 um das Amt des Präsidenten des Burgenländischen Fußballverbandes (BFV) bewerben will. GVV-Präsident Erich Trummer gratuliert: „Der ASKÖ wird auch unter NR Bgm. Maximilian Köllner ein kompetenter Partner für die Gemeinden sein und den burgenländischen Sport weiterbringen!“

Foto: LMS Burgenland



LH-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf mit Bettina Frank, GF Akademie Burgenland, und den Teilnehmer*innen am Lehrgang am Standort Eisenstadt

Foto: LMS

Lehrgang für Top-KommunalpolitikerInnen: Zertifikate verliehen

Insgesamt 58 AmtsinhaberInnen, 38 in Eisenstadt, 22 in Pinkafeld, haben in diesem Jahr am Lehrgang der Akademie Burgenland für BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen teilgenommen.

Um BürgermeisterInnen und ihre StellvertreterInnen bei der Bewältigung ihrer umfangreichen, immer komplexeren Aufgaben zu unterstützen, wurde 2018 in Kooperation mit Land Burgenland, Gemeindevertreterverband, Gemeinde- und Städtebund ein Lehrgang der Akademie Burgenland für BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen initiiert. Inhalt ist die Vermittlung von Basiswissen zu verschiedenen Rechtsthemen wie Gemeinderecht, Finanz- und Haushaltsrecht, zu örtlicher Raumplanung über Korruptionsprävention, Veranstaltungs-, Vergabe-, Dienst-, Abgabe- und Baurecht bis zum Führen in Krisen und Katastrophen. Der Lehrgang umfasst 15 Seminarmodule à 4 Stunden, die 2023 von

Jänner bis November an den Standorten Eisenstadt und Pinkafeld stattfanden.

„Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sowie deren StellvertreterInnen stehen in den unterschiedlichsten Situationen in steter Verantwortung ihrer Gemeinde gegenüber. Ob bei wöchentlichen Sprechtagen, komplexen Bau- und Finanzverhandlungen oder bei Behördenbesprechungen, es wird ihnen in allen Bereichen viel Fachwissen abverlangt, nicht zuletzt fundierte Kenntnisse der maßgeblichen gesetzlichen Grundlagen, die sich laufend ändern. Dieser Lehrgang soll eine Hilfestellung für neue Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, aber auch für alle ‚erfahrenen‘ BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen sein, die ihr Wissen auffrischen wollen“, betonte Eisenkopf bei der Verleihung in Eisenstadt. Die Zertifikatsverleihung am Standort Pinkafeld folgt im Jänner des kommenden Jahres.

Knapp 60 TeilnehmerInnen aus allen Bezirken und aller Couleurs unterstreichen die große Interesse der Gemeindeverantwortlichen, die neben der Wissensvermittlung auch das Kennenlernen und Vernetzen bei den Veranstaltungen schätzen. Als Vortragende konnten auch in diesem Jahr erfahrene Experten aus der Landes- und Gemeindeverwaltung gewonnen werden.

Bettina Frank, Geschäftsführerin der Akademie Burgenland, zieht eine positive Bilanz: „Wir freuen uns, dass so viele interessierte BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen unser Angebot angenommen haben. Während des gesamten Lehrgangs haben wir durchwegs positives Feedback von ihnen erhalten.“

Für den GVV Burgenland nahmen die beiden Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold und Patrick Hafner am Lehrgang teil.



Jungbürgermeister-
Innentreffen in Traun
Foto: Gemeindebund

Junge KommunalpolitikerInnen als Netzwerker

Anfang Oktober trafen sich rund 45 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unter 40 Jahren zu einem Austauschtreffen der „JungbürgermeisterInnen“ in Traun und Hofkirchen in Oberösterreich. Im Zentrum stand die Nachwuchsförderung in der Kommunalpolitik, das Thema Bürgerbeteiligung sowie Führen und Mitarbeiterbindung in Zeiten von Personalmangel.

Das Vernetzungstreffen fand bereits zum zweiten Mal statt. Der Mühlgrabener Bürgermeister Fabio Halb übernahm gemeinsam mit Bernadette Geieregger (Kaltenleutgeben) die Sprecherrolle. Halb dazu: „Ganz gleich, in welchem Alter man ins Bürgermeisteramt kommt, die Aufgabe birgt Herausforderungen, aber auch Chancen. Gerade junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gehen aber immer wieder

anders an die Dinge heran. Ganz besonders im Hinblick auf die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz sind junge Amtsträger offener und trauen sich eher, neue Wege zu gehen. Aber sie haben oftmals auch einen besseren Draht zur Jugend und können sie für die Gemeindepolitik motivieren.“ Eine Studie des Jugendkulturforschungsinstituts im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes zeigt: Junge Menschen schätzen das gemeinschaftliche Leben am Land. Mehr als die Hälfte der 16- bis 34-Jährigen geben an, sich ehrenamtlich zu engagieren. „Es stimmt nicht, dass die Jungen nicht mehr arbeiten wollen. Sie wollen auf ihre Art und Weise eingebunden werden. In der Jugend schlummert großes Potenzial. Daher können wir nur an alle Gemeinden appellieren: Lasst die Jungen ran und bindet sie in Entscheidungen ein“, so Halb.

An den zwei Tagen erwartete die jungen KommunalpolitikerInnen ein abwechslungsreiches Programm: Zum Beispiel gab ein Mentalexperte Tipps zu Mindset für Führungskräfte. Mitarbeiter der FH Linz gaben Einblicke in erfolgreiche Bürgerbeteiligungsprojekte. Thema war auch, wie digital eine Gemeinde sein muss und welche Chancen die Digitalisierung für Gemeinden mit sich bringt.

188 BürgermeisterInnen unter 40 Jahren in Österreich

Aktuell gibt es in Österreich 188 BürgermeisterInnen unter 40 Jahren. Das entspricht einem Anteil von knapp 9 Prozent. In 17 burgenländischen Gemeinden gibt es eine Bürgermeisterin bzw. einen Bürgermeister unter 40 Jahren, der jüngste ist Fabio Halb.

Kommunalstammtisch Bezirk Mattersburg: Anfang Dezember fand in Schattendorf der Kommunalstammtisch des Bezirks Mattersburg statt. Unter der Leitung des neuen SPÖ Bezirksvorsitzenden Bgm. Thomas Hoffmann und der GVV Bezirksvorsitzenden Bgm. Ulrike Kitzinger wurden zahlreiche Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Themen waren unter anderem der neue Finanzausgleich, Breitbandausbau, Bevölkerungsschutz sowie die Erhebung der Situation im Bezirk bei den Bankomaten und den Nahversorgern. Insgesamt waren VertreterInnen von fast allen Gemeinden des Bezirks anwesend. Für den GVV betreut der 1. Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold die Bezirke Neusiedl am See, Eisenstadt-Umgebung sowie Mattersburg. Foto: GVV Burgenland



Energieeffizienzrichtlinie Nummer 3 tritt in Kraft

Beim Grünen Deal geht es jetzt Schlag auf Schlag. Nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt Ende September trat am 10. Oktober die dritte Fassung der EU-Energieeffizienzrichtlinie in Kraft, die massive Auswirkungen auf die Gemeinden hat. Für viele Bestimmungen gibt es eine zweijährige Umsetzungsfrist, diese ist allerdings intensiv zu nutzen, da auch in Österreich bestimmte Voraussetzungen für eine praktikable Umsetzung fehlen.

Die Richtlinie enthält unter anderem ein Energieeinsparziel von 11,7 Prozent bis 2030, die öffentliche Hand muss mit Vorbildwirkung vorangehen und jährlich 1,9 Prozent (im Vergleich zu 2021) einsparen.

Gemeinden bis 5.000 Einwohner sind zwar bis 2029 und Gemeinden bis 50.000 Einwohner bis 2027 davon ausgenommen, dennoch müssen sie ab dann – ausgehend von Energieverbrauchsdaten aus dem Jahr 2021 – zum Ziel beitragen. Das heißt, um eine Berechnung der Ausgangslage werden auch kleinere Gemeinden nicht herumkommen, auch wenn die Umsetzung erst relativ spät erfolgen muss. Jedoch gilt diese Ausnahme nicht für den Gebäudebereich,

der wohl der größte Energiefresser ist.

Hier müssen bis auf wenige Ausnahmen alle Gebäude ab 250 Quadratmetern Nutzfläche zum jährlichen Sanierungsziel von drei Prozent beitragen. Ziel der Sanierungsanstrengungen ist ein energieeffizienter öffentlicher Gebäudebestand, basierend auf Niedrigenergiestandard, bis 2040. Statt einer strikten Renovierungsrate von jährlich drei Prozent kann man die Umsetzung des 2040-Ziels mithilfe anderer Effizienzmaßnahmen etwas hinauszögern. Das heißt, in den ersten fünf Jahren können alternative Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt und angerechnet werden. Dies entbindet die Eigentümer öffentlicher Gebäude aber nicht von der Verpflichtung, bis 2040 45 Prozent der nationalen Gesamtgebäudefläche auf Niedrigenergiestandard zu bringen.

Hier zeigt sich – wie sicher noch bei vielen anderen Green Deal-Dossiers – dass die Schwierigkeiten strikter Zielvorgaben erst in der Umsetzung zutage treten. Praktisch wird es den Mitgliedstaaten überlassen, Lösungen zu finden. Das ist im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

Arbeitsprogramm 2024 – Weniger Vorschläge, mehr Abschlüsse

Ein letztes Mal vor den EU-Wahlen hat die EU-Kommission ein Arbeitsprogramm vorgelegt. Der Abschluss laufender Verhandlungen hat Priorität, bei den neuen Initiativen behält der Gemeindebund die Vorschläge zu Wasserresilienz und den Klimazielen 2040 im Auge.

Die letzten Monate dieser EU-Kommission sind angebrochen, nach den EU-Wahlen wird es eine neue Kommission, mit neuen politischen Prioritäten geben. Deshalb fällt das Arbeitsprogramm 2024 überschaubar aus, man hält sich mit Vorschlägen zurück und wird einen Schwerpunkt auf den Verhandlungsabschluss laufender Dossiers legen. Aus Gemeindesicht erwähnenswert:

Kommunale Abwasserrichtlinie, Abfallrahmenrichtlinie, Verpackungsabfallrichtlinie, Bodenbeobachtungsrichtlinie, Luftqualitätsrichtlinie, Gebäuderichtlinie, Mikroplastikeindämmung, Gigabitinfrastrukturverordnung. Insgesamt will die Kommission bis April 2024 154 in Verhandlung befindliche Dossiers abschließen. Demgegenüber stehen 15 neue Initiativen, davon drei nicht-legislative Vorschläge zum Grünen Deal. Das bereits veröffentlichte Windkraftpaket ist eher für die überörtliche Ebene von Relevanz, die 2040-Klimaziele und die Hochwasser, Dürren und andere Extremereignisse umfassende Mitteilung zur Wasserresilienz fallen aber wieder in den Wirkungsbereich der Gemeinden.



Mikroplastikverbot: Gute Nachrichten fürs Trinkwasser

Gemeinden kommt das Thema Mikroplastik bei Trinkwasserversorgung, Abwasserreinigung oder auf Sportplätzen immer wieder unter, die europäische Dimension ist dabei nicht zu vernachlässigen. Die EU-Kommission verordnet jetzt ein Verbot der gezielten Beigabe von Mikroplastik.

Mikroplastik findet sich u.a. in Kosmetika, Waschmitteln und als Füllmaterial für Kunstrasen. Die Wasserversorger wurden schon bei der Revision der Trinkwasser-Richtlinie damit konfrontiert. Aktuell befasst sich die Wasserwirtschaft mit einer vierten Klärstufe in der Abwasserbehandlung. Auch Kunststoffbeläge auf Sportplätzen enthalten Mikroplastik als Füllstoff, davon enden viele Tonnen in der Straßenreinigung oder im Winterdienst.

Um diese Art der Umweltverschmutzung zumindest zu reduzieren, verbietet die Kommission den Einsatz von bestimmten, bewusst zugefügten, synthetischen Polymeren unter 5mm. Unmittelbar trifft das Verbot kosmetische Peelings und Glitzer, mit Übergangsfristen zwischen 4 und 12 Jahren auch andere Kosmetika, Waschmittel und Füllgranulat für Kunstrasenplätze. Kunststoffplätze haben maximal 8 Jahre Zeit zur Umstellung, was laut Kommission der durchschnittlichen Lebensdauer eines derartigen Sportplatzes entspricht.

Für die kommunale Wasserwirtschaft sicher eine gute Nachricht. Sportvereine werden sich aber nach neuen Lösungen umsehen müssen.

ERWEITERUNG KINDERGARTEN – STADTSCHLAINING



PEB
PROJEKT
ENTWICKLUNG
BURGENLAND

burgenland



Spatenstich Kindergarten-Zubau Stadtschlaining: Landesrat Heinrich Dörner (5.v.l.), Bürgermeister Markus Szelinger (5.v.r.), Kindergartenleiterin Michaela Divosch (4.v.r.), sowie Geschäftsführer und Technischer Leiter Thomas Rosner von der Projekt Entwicklung Burgenland (4.v.l.) sowie weiteren Partnern und Beteiligten

Foto: LMS Burgenland

Spatenstich für die Erweiterung des Kindergartens in Stadtschlaining

Der Kinderharten in Stadtschlaining wird ausgebaut. Anfang November fand er Spatenstich für den Zubau statt. Umgesetzt wird das Bauvorhaben von der Projektentwicklung Burgenland GmbH (PEB).

Der Zubau hat eine Nutzfläche von 165 Quadratmetern und umfasst einen Gruppenraum inklusive Abstellraum, einen WC-/ Wickelraum, eine Garderobe und einen Be-

wegungsraum inklusive Abstellraum. Die Fertigstellung ist für Juli 2024 geplant. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 525.000 Euro.

„Der Kindergarten zählt zu den wichtigsten Angeboten und Serviceeinrichtungen einer kommunalen Infrastruktur. Er muss architektonischen und ausstattungs-technischen Ansprüchen ebenso gerecht werden wie dem

Ziel der Nachhaltigkeit. Er soll den Kindern eine Atmosphäre, in der sie sich wohl und geborgen fühlen, und bestmögliche Betreuung bieten“, erklärte Infrastrukturlandesrat Heinrich Dörner. Bürgermeister Markus Szelinger: „Stadtschlaining ist eine wachsende Gemeinde. Der Ausbau ist notwendig und eine wichtige Investition in die Zukunft.“ Derzeit werden im Kindergarten 47 Kinder betreut, die Krippe wird von 18 Kindern besucht.

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt GmbH,
Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M